Zeitschrift: Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun

Herausgeber: Lehrpersonen Graubünden

Band: 35 (1975-1976)

Heft: 6

Rubrik: Bündner Lehrerverein

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bündner Lehrerverein

Eingabe an das Erziehungsdepartement
vom 20. April 1976

Betrifft: Lehrerüberfluss — Lehrerarbeitslosigkeit

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,

der Vorstand des Bündner Lehrervereins hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Problem der Lehrerarbeitslosigkeit befasst, und ich beehre mich hiermit, Ihnen unsere entsprechenden Vorstellungen, Wünsche und Anregungen bekanntzugeben.

Es ist damit zu rechnen, dass im kommenden Herbst 20 bis 30 Junglehrerinnen und -lehrer ohne Anstellung sein werden. Obwohl die öffentliche Volksschule in ihrer Gesamtheit Aushilfskräfte benötigt, um auftretende Vakanzen auszugleichen, ergibt sich bei diesen Zahlen ein Überschuss. Darin offenbart sich die allgemeine Rezession. Viel schneller als erwartet hat das Pendel nach der Gegenrichtung ausgeschlagen. Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die, wenn sie anhalten sollte, nicht nur Einzelschicksale, sondern den Lehrerstand in seiner Ganzheit schwer beeinträchtigen würde. Die dreissiger Jahre liefern Beispiele dafür.

Was kann zur Abwendung des Übels unternommen werden? Die Befürchtung, der Überschuss werde sich im Verlaufe der nächsten drei bis vier Jahre vervielfachen, weil dann die Klassen zum Abschluss kommen, die im Hinblick auf den herrschenden Lehrermangel besonders gross ausfielen, lässt vorerst an eine Eindämmung des Aufnahmekontingents denken. Unser Vorstand möchte vorderhand keinen Numerus clausus vorschlagen, jedoch dahin wirken, dass der Zudrang zu den Seminarien abgebremst wird. Einiges in dieser Richtung dürfte die Tagespresse bereits erreicht haben, indem sie lautstark über den Lehrerüberfluss berichtete.

Die Öffentlichkeit weiss um die veränderten Zukunftsaussichten im Primarlehrerberuf, junge Menschen und ihre Eltern werden auf vorgefasste Beschlüsse zurückkommen. Wenn die Herren Schulinspektoren und Sekundarlehrer zudem von der speziellen Werbung für das Semi-

nar ablassen, ist ein weiteres erreicht. Die Klassenbestände an den Seminarien sollten ab sofort um 20 Prozent herabgesetzt werden.
In diesem Zusammenhang erwarten wir, dass mit der Eröffnung eines Unterseminars in Samedan ein entsprechender Abbau am Kantonalen Seminar in Chur verwirklicht wird. An der neuen Ausbildungsstätte dürfen auf keinen Fall Schüler deutscher Muttersprache aufgenommen werden. Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn sich zu wenig Anwärter ladinischer Muttersprache zur Aufnahme melden.
Im Hinblick auf den heutigen Stellenmarkt sehen wir uns veranlasst, mit allem Nachdruck auf diese Gefahr hinzuweisen.
Die Korrektur an der Quelle, deren Auswirkung frühestens in 5 Jahren spürbar wird, muss durch geeignete Massnahmen zur Sicherung und Vermehrung des Arbeitsplatzangebotes ergänzt werden. Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend einen Katalog von Vorschlägen, nach Dringlichkeit geordnet.

Massnahmen 1. Dringlichkeit:

a) Alle im Pensionsalter stehenden Lehrkräfte geben ihre Stelle frei;

b) keine Lehrstelle darf aus finanziellen Erwägungen aufgehoben werden;

c) ein Übertritt aus andern Schulabteilungen in die 2. Oberseminarklasse ist nicht mehr zu gestatten;

d) die Klassengrössen sollen nach Möglichkeit die Zahl 25 nicht übersteigen;

e) der Doppelverdienst soll dort, wo die Stellung des Mannes gesichert ist, aufgehoben werden.

Begründung:

Wir sind der Auffassung, dass Lehrer im Pensionsalter jetzt ihren Platz an junge Lehrkräfte frei geben müssen. Ihre finanzielle Lage ermöglicht das bestimmt.
Das Seminar darf fürderhin nicht mehr zahlenmässig mit Anwärtern belastet werden, die nur mehr ein Jahr dort verbleiben. Das ist schon all denen gegenüber nicht recht, die von Anfang an den Weg der seminaristischen Ausbildung wählten.
Wir sind uns bewusst, dass man in den letzten Jahren manche verheiratete Lehrerin bat, den Schuldienst wieder aufzunehmen. Man hat sie gerufen. Heute sollen sie wieder gehen. Darunter hat es etliche Lehrkräfte, die sich bestens bewährt haben. Darum ist eine Forderung, den Doppelverdienst aufzuheben, hart.
Man hat aber auch viele junge Leute ermuntert, den Lehrerberuf zu wählen. Von diesen gehören heute nun viele zu den Enttäuschten. Diesen müssen wir die Möglichkeit geben, sich zu bewähren. Darum sind wir der Meinung, dass jeder Fall von Doppelverdienst jetzt geprüft werden muss.

Massnahmen 2. Dringlichkeit:

a) Schaffung von Stellvertretungsmöglichkeiten durch Beurlaubung amtierender Lehrkräfte für

— Weiterbildung zum Werklehrer
— Weiterbildung zum Sonderschullehrer
— Schaffung neuer Lehrmittel

— die Arbeit als Übersetzer bestehender Lehrmittel;

b) freiwillige Pensionierung ab 63. Altersjahr oder nach 40 Dienstjahren für die Lehrer und ab 60. Altersjahr für die Lehrerinnen.

Begründung:

Sicher würden sich junge Lehrkräfte gerne weiterbilden, wenn ihre Anstellung durch eine Stellvertretung gesichert werden könnte.
Die Möglichkeit zur früheren Pensionierung mit Anspruch auf die Vollrente sollte man jetzt geben. Das Instruktionspersonal des Bundes hat Anrecht auf frühere Pensionierung. Ein Vergleich mit dieser Berufsgruppe ist nicht ganz abwegig.
Die Bestimmung der Pensionskasse, wonach Lehrkräfte, die nach dem 1. Juli Geburtstag haben, ein weiteres Jahr im Schuldienst verbleiben müssen, also bis ins 66. Alterjahr, ist aufzuheben.

Massnahmen 3. Dringlichkeit:
(Fernziel)

a) Ausbau der Hilfs- und Sonderschulen;
b) Altersentlastung ab 55. Altersjahr;
c) Beurlaubung nach einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren.

Begründung:

In etlichen Regionen fehlen heute noch die Hilfsschulen. Wir sind der Ansicht, dass jetzt die Lehrkräfte für die Führung solcher Schulen gefunden werden können. An vielen Orten sind heute noch Kinder in Normalklassen drin, die einfach nicht dorthin gehören. Sie müssen aber dort mitgeschleppt werden, weil eine Hilfsschule in der Region fehlt.
Eine Altersentlastung ist nicht überall, aber doch an einigen grösseren Orten im Kanton möglich. Auch die Beurlaubung nach einer Anzahl Dienstjahren ist im Lehrerberuf bestimmt vertretbar.
Bei den Massnahmen 1. Dringlichkeit möchten wir noch hinzufügen, dass wir der Ansicht sind, es sollen fürderhin keine Studenten mehr als Stellvertreter eingesetzt werden.
Die Freizügigkeit zwischen den Kantonen soll bestehen bleiben. Die Kantone sollten jetzt nicht wieder ihre Grenzen schliessen, nur Lehrer ihres Kantons oder aus den eigenen Seminarien zur Stellenbewerbung zulassen. Das war früher so. Dieser «Kantönligeist» hat doch sicher endgültig der Vergangenheit anzugehören. Wir wissen, dies ist eine Massnahme, die nicht von einem Kanton allein vertreten oder gar durchgeführt werden kann. Darüber hat unseres Erachtens die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz zu befinden. Sie sollte es auch tun.

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,

wir bitten Sie, unsere Eingabe als Ausdruck der Besorgnis für unsere jüngsten Vereinsmitglieder zu verstehen, wobei wir wohl wissen, dass Ihnen diese Sorge nicht unbekannt ist.
Wir danken Ihnen zum voraus für Ihr Verständnis und für Ihre wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Präsident: Toni Halter

Antwort des Erziehungschefs
vom 22. April 1976

Lehrerüberfluss / Lehrerarbeitslosigkeit

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich danke Ihnen für Ihr ausführliches Schreiben vom 20. April 1976, das ich mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Ihre dargelegten Sorgen sind weitgehend auch unsere ernsthaften Anliegen. Seit meinem Amtsantritt beschäftigte mich der sich abzeichnende Lehrerüberfluss.
Im Jahre 1975 konnten mit entsprechender Anstrengung sozusagen alle Junglehrer noch untergebracht werden. In diesem Jahr dürfte es nicht mehr möglich sein. Die nachstehende Erhebung vom 2. April 1976 spricht eine allzu deutliche Sprache:

Voraussichtliche Neupatentierungen am Bündner Lehrerseminar

surselvisch	= 12
surmeirisch und sutselvisch	= 2
ladinisch	= 7
italienisch	= 10
deutsch	= 71

Definitiv gewählt sind heute am 2. April 1976

Sprachgebiet	
surselvisch	8
surmeirisch und sutselvisch	4 (2 surselvisch)
ladinisch	4
italienisch	0
deutsch	16

Schiers:

Austretende Bündner = 4
(davon haben drei noch keine Stelle)

Die Gründe für diesen plötzlichen Umschwung liegen vor allem in der Rezession:

— Abwanderung der Gastarbeiter mit ihren kinderreichen Familien
— Lehrer wandern nicht mehr in die Wirtschaft ab, sondern kehren zurück
— Lehrerinnen, die sich verheiraten, behalten die Stelle, vor allem dann, wenn die berufliche Stellung des Mannes durch die Rezession gefährdet ist
— Verheiratete Lehrerinnen wandern in den Beruf zurück, wenn der Mann die Stelle verliert oder zur Kurzarbeit gezwungen wird
— Durch verschärfte Aufnahmebedingungen der Hochschulen und Angst vor der Arbeitslosigkeit von Akademikern wollen weniger Primarlehrer weiterstudieren
— Stellen werden nicht mehr aufgegeben, um Studien zu betreiben oder Auslandaufenthalte zu machen
usw.

Die Frage der Entwicklung des Lehrerangebots und der Lehrernachfrage lässt sich nur bedingt anhand der statistischen Unterlagen beurteilen. Aufgrund der Geburtenzahlen und der Lehrerpensionierungen lässt sich die Zahl des mutmasslichen Lehrerbedarfs ganz grob ermitteln.

In Ausbildung stehen die folgenden Seminaristenklassen:
Stichtag 25. März 1976

Klasse	Patent-jahr	sur-selvisch	surm. und sutselvisch	ladi-nisch	italie-nisch	deutsch	Total
2. OS	1976	12	2	7	10	71 + 4	102 + 4 *
1. OS	1977	16	2	16	9	67 + 8	110 + 8 *
3. S	1978	11	1	16	9	76 + 14	113 + 14 *
2. S	1979	17	4	18	8	55 + 15	102 + 15 *
1. S	1980	10	4	13	10	65 + 9	102 + 9 *
							529 + 50 *
angemeldet für neue							
1. S	1981	8	4	2	12	74 + 9	100 + 9 *

Ferner sind angemeldet zur Prüfung für obere Klassen (in obigen Zahlen noch nicht erfasst) für

2. S	1	1	3	2
1. OS		1		1
2. OS		1		8

Zeichenerklärung: * = Bündner in Schiers

Der approximative Primarlehrer-Bedarf zeigt folgendes Bild:

	deutsch	surselvisch	surm. und sutselv.	ladinisch	italienisch	Total
1975	85	7	—	12	7	111
1976	54	12	—	4	5	75
1977	45	6	3	7	5	66
1978	43	5	3	5	4	60
1979	31	4	4	5	6	50
1980	29	4	2	5	7	47

Nicht abschätzen lässt sich der Zuzug der in anderen Berufen und im Unterland tätigen Lehrer. Wir benötigen nach wie vor Sekundarlehrer, Lehrer mit heilpädagogischer Zusatzausbildung und Werkschullehrer.
Die Zahl noch tätiger und im pensionsberechtigten Alter stehenden Lehrer ist mit 6 recht bescheiden. Am 1. März 1976 waren 67 Lehrstellen von sogenannten «Zweitverdienerinnen» besetzt.
Anlässlich der allmonatlichen Pressekonferenzen der Regierung habe ich bewusst unter zwei Malen die derzeitige wenig erfreuliche Lage auf dem Lehrstellenmarkt dargelegt. Ich wollte damit die Öffentlichkeit auf die grundlegend veränderten Zukunftsaussichten im Primarlehrerberuf aufmerksam machen. Wie die eingegangenen Anmeldungen am kantonalen Lehrerseminar beweisen, ist das Ziel erreicht worden.
Zu Ihrer Orientierung diene Ihnen, dass die Regierung auf einstimmigen Antrag der Erziehungskommission die Führung eines Unterseminars mit ladinischem Zug an der Evangelischen Mittelschule in Samedan provisorisch auf drei Jahre bewilligt hat. Neben den ladinisch-

sprachigen Seminaristen ist auch die Aufnahme deutschsprachiger Anwärter aus der Region (zum Beispiel St. Moritz) vorgesehen. Für diese wird wöchentlich Romanischunterricht während mindestens zwei Stunden angeboten. Mit Ihnen teile ich die Auffassung, dass die Anforderungen zur Aufnahme ins Seminar erheblich erhöht werden müssen. Neben dem reinen Wissen und Können sollte in Zukunft in vermehrtem Masse auch die Eignung geprüft und besonderes Gewicht auf die intellektuellen Fähigkeiten gelegt werden. Die Seminardirektion wird dem Departement entsprechende Vorschläge für eine bessere Auslese unterbreiten und auch Anträge für die Aufnahme von Maturanden vorlegen.

Ihre verschiedenen Massnahmen zur Sicherung und Vermehrung des Arbeitsplatzangebotes werden departementsintern eingehend geprüft. Eine Reihe von Vorschlägen scheinen mir aus rechtlichen Gründen nicht möglich zu sein. Wahlbehörde der Volksschullehrer ist bekanntlich nicht der Kanton, sondern die Gemeinde oder die Gemeindezweckverbände. Der Volksschullehrer ist Gemeindeangestellter. Die Ausschaltung der «Doppelverdiener» nur in einer Berufsgruppe wäre mehr als fraglich. Mit einer derartigen Regelung würden zudem alle jene, welche im Konkubinat leben — und erhebliche steuerliche Vorteile geniessen — nicht betroffen.

Jugendlichen soll auch in Zukunft das Recht auf eine Ausbildung, die ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht, zugebilligt werden. Der Kanton hat die Pflicht, Lehrer auszubilden. Er kann juristisch gesehen aber nicht verpflichtet werden, den Neupatentierten eine Lehrstelle zu finden. Die Situation ist kaum anders als die der Lehrlinge und der Absolventen anderer Schulen. Das will aber nicht heissen, dass der Staat sich von jeder Hilfeleistung distanzieren soll. Das Seminar vermittelt eine gute Ausbildung, die Voraussetzung für den Einstieg in eine ganze Reihe anderer interessanter Berufe ist.

Ich danke Ihnen für Ihre wertvolle Mitarbeit und grüsse Sie freundlich und
mit vorzüglicher Hochachtung

O. Largiadèr, Regierungsrat

Protokollauszüge aus den letzten Vorstandssitzungen

Kantonalkonferenz. Versuchsweise wird an der nächsten Kantonalkonferenz in Scuol statt des Hauptreferates ein Gespräch über das Thema «Was erwarte ich von der Schule?» stattfinden.
Soll die Kantonalkonferenz anders gestaltet werden? Darüber wird die nächste Delegiertenversammlung entscheiden.
Die Stufenkonferenzen können versuchsweise bereits dieses Jahr ihre Jahrestagungen auf den Samstagnachmittag einberufen.

Fall Furna. Die Kollegen aus Furna erwarten in einer Auseinandersetzung mit den dortigen Behörden unsere Unterstützung. Eine Delega-